

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst, unsere Frauenwelt und Jugend einschließlich Beirgerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 3.—, Erziehung tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltigen Zeilen mit 80 Pf. berechnet, bei dreimonatiger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 102.

Dresden, Mittwoch den 6. Mai 1914.

25. Jahrg.

Bei einem Eisenbahnunglück in der Nähe von Bräun wurden 30 Personen verletzt.

Aus Anlaß der Strafverfolgung des Genossen Tschidje kam es in der russischen Duma zu stürmischen Kuffritten.

Die Albanier haben den Vorschlag auf Argrocastro angenommen; die Epiroten bemächtigten sich der Stadt Grefsa.

Die Feuertage zwischen Regierungstruppen und Arabern bei Tampico dauern fort.

Bei einer Dynamitexplosion am Panamakanal wurden acht Personen getötet.

In Portugiesisch-Kongo sind erste Unruhen ausgedroht.

Militärverwaltung und Reichstag.

Im Reichstage begannen gestern die Beratungen des Heeresetats mit dem Titel „Behalt des Kriegsministers“, und es wäre für die Volksvertretung die Gelegenheit gegeben gewesen, mit der Heeresverwaltung gründlich abzurechnen über die mehr als unwürdige Behandlung, die ihr fortgesetzt von militärischer Seite zuteil wird. Im vorigen Jahre hat der Reichstag die gewaltige Heeresvermehrung bewilligt, zum Dank dafür bekam er erst wieder vor einigen Tagen, als jüngstes Glied in der Reihe einer langen Kette von Brüstungen, von einem Vertreter der Militärverwaltung, dem General v. Hohenborn, mit knurrender Stimme und verächtlicher Gebärde gesagt, die Ausbildung der Truppen gehe ihm gar nichts an. Die große Mehrheit des Reichstags aber nimmt diese Schritte mit Ergebenheit hin. Und der Redner des Zentrums, Erzberger, wie auch der Redner der Nationalliberalen, Passermann, haben gestern die Heeresverwaltung mit Anerkennung und Dankesbezeugungen förmlich überschüttet. Erzberger brachte es sogar fertig, die Regierung dafür zu entschuldigen und zu verteidigen, daß sie alle Resolutionen, die der Reichstag im vorigen Jahre beschloß und die eine Reihe dringender notwendiger Reformen im Heere erzielte, abgelehnt, in den Papierkorb geworfen hat. Besser hätte dieser freiwillige Regierungsminister den Beweis dafür, daß es dem Zentrum mit den Reformen gar nicht ernst ist, nicht erbringen können, als er es getan.

Vor einer solchen „Volksvertretung“ konnte es selbst dem Kriegsminister v. Falkenhahn nicht klapper fallen, Vorbeeren zu ernten. Seine Darlegungen über die Durchführung der großen Wehrvorlage vom vorigen Jahre brachten ihm nicht nur öfteren und starren Beifall, sondern auch die höchste Anerkennung der Redner des Zentrums und der Nationalliberalen ein. Und das alles, weil die Ausbringung des Mannschaftserlasses ohne Schwierigkeiten gelungen, bei der bereiteten Mannschaft ein Ueberfluß von Unteroffizieren vorhanden sei, und bereits am 6. Oktober gemeldet werden konnte, daß die neuen Verbände der Heeresorganisation sämtlich ausrückfähig in kriegsbereitem Zustande vorhanden waren. Ueber vorgenommene Reformen konnte der Kriegsminister nichts mitteilen. Und seiner Versicherung, die Heeresverwaltung sei darauf bedacht, die Lebensbedingungen der Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften fortgesetzt zu verbessern, wird man im Volke wenig Bedeutung beimessen. Jedenfalls läßt die große Zahl der schändlichsten Soldatenmißhandlungen nicht eine große Fürsorge für die Mannschaften erkennen.

Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Schulz, ergriff, konnte in seiner zweistündigen Rede an zahlreichen Beispielen auch zeigen, daß mit dem Wechsel im Kriegsministerium ein neuer Geist in die Heeresverwaltung eingeblasen sei, dem jedesweches Verständnis für das Volk und dessen Kulturbedürfnis abgehe. Schon die Art, wie sich dieser Wechsel vollzogen hat, ist bezeichnend für die deutschen Zustände. Herr v. Falkenhahn war bis zu seiner Ernennung zum Kriegsminister ein gänzlich unbekannter Mann, und niemand wußte etwas von seiner Qualifikation zu einem so hohen Posten, mit Ausnahme eines konservativen Blattes, dem es bekannt war, daß der Bruder des jetzigen Kriegsministers einst Erzieher des Kronprinzen gewesen ist. Die Politik im Heere tritt nun, seit der neue Geist herrscht, unverhüllt hervor. Offiziere halten politische Reden vor Offizieren und unterhalten so die international verübte, veräppelte und verächtliche Rüstungsindustrie in ihrem Treiben, immer wieder neue Heeresvermehrungen zu erreichen. Die Pressebeilage des Kriegsministeriums hat sogar Flugblätter an die Zeitungen versendet, die große Beschimpfungen des Reichstags enthielten! Und die Heeresverwaltung nahm sich heraus, im Falle Stöcker die Millionen von Sozialdemokraten des Deutschen Reiches als moralisch minderwertig zu bezeichnen. Stöcker hat das Einjährig-Examen gemacht, ihm wurde das Recht, als Einjähriger zu dienen, aber mit der Begründung entzogen, daß ihm hierzu die moralische Qualifikation fehle — weil er Sozialdemokrat sei! Diese ungeheuerliche Beschimpfung, von der ein Drittel des deutschen Volkes, mindestens 20 Millionen Einwohner, betroffen werden, wies Genosse Schulz mit großer Entrüstung zurück und zeigte der Heeresverwaltung, wie es mit dem deutschen Heere und der Verteidigung im Kriegsfall bestellt sein werde, wenn sie konsequent nun alle sozialdemokratischen Arbeiter vom Heeresdienste ausschließen wolle.

Die bürgerlichen Redner, Erzberger und Passermann, fanden kein Wort des Protestes gegen das Vorgehen der Heeresverwaltung. Vielmehr polemisierten sie im wesentlichen gegen die Ausführungen des sozialdemokratischen Redners, dessen Feststellung, daß mit der Annahme der Heeresvorlage, nachdem also die Heeresverwaltung erreicht hatte, was sie haben wollte, die angeblende Kriegsgefahr ganz plötzlich verschwunden sei, ihnen erklärlicherweise ganz besonders unangenehm war. Herr Passermann hatte sogar die Kühnheit, zu behaupten, die Annahme der Wehrvorlage habe den Weltkrieg abgewendet, um freilich gleich hinterher sich zu widersprechen, indem er die Kriegsgefahr immer noch als vorhanden bezeichnete, so daß also eigentlich wieder eine Wehrvorlage notwendig wäre. Auch die Berechnungen des Genossen Schulz, daß unter den 600 000 Soldaten ein Drittel, also 200 000 Sozialdemokraten seien, brachte die Herren Erzberger und Passermann in Verlegenheit. Erzberger will glauben machen, im Heere gäbe es nur etwa 20 000 Sozialdemokraten. Eine Statistik läßt sich darüber allerdings nicht aufmachen. Aber daß die Töchter der Millionen von Sozialdemokraten, die die Hunderttausende von jungen Arbeitern, die von ihrem Eintritt in das Erwerbsleben an unter Sozialdemokraten arbeiten und leben, denen das sozialdemokratische Denken und Fühlen bei der Arbeit gewissermaßen ganz von selbst beikommt, im Inneren ihres Herzens nicht auch Sozialdemokraten sein sollten, solange sie ihrer Heerespflicht genügen, werden die bürgerlichen Parteien und die Militärverwaltung wohl doch nicht behaupten wollen. Und wenn die „Lebensbedingungen“ der Mannschaften nicht mehr erleichtert werden als es bisher gelang, werden auch in Zukunft, wie bisher, mehr Soldaten die Dienstzeit als Sozialdemokraten verlassen, als Sozialdemokraten in die Uniform gesteckt werden!

Der Volkstrom bedachte gestern den Schluß im Reigen der Redner. Heute wird die Beratung fortgesetzt werden, wobei von den sozialdemokratischen Rednern besonders die Soldatenmißhandlungen einer scharfen Kritik unterworfen werden sollen.

Absolutismus und Rüstungskoller.

Von unserem Korrespondenten.

th. Wien, 5. Mai.

Die Fraktionsobmänner des Abgeordnetenhauses haben gestern über die Wiederherstellung des Parlamentes beraten. Doch es zu dieser Beratung nur kommen konnte, weil die Sozialdemokratie sie dazu getrieben hatte, offenbar die politische Willenslähmung der bürgerlichen Parteien. Denn schließlich haben gestern auch die Redner der bürgerlichen Fraktionen, ja hat der Präsident selbst das Vorgehen der Regierung und den Mißbrauch des § 14 getadelt, so daß man annehmen sollte, zu einer Tat des Aufstehens und der Rettung hätte der Antriebe in den bürgerlichen Parlamenten selbst entstehen müssen. Freilich gehört die dicke und undurchdringliche Haut, deren sich der Herr Ministerpräsident Graf Stürgkh erfreut, dazu, von den Vertretern der eigenen Mehrheitsparteien so unumwundene Wahrheiten zu hören und dennoch den Platz nicht einem minder Mißliebigen zu überlassen.

Das Ergebnis der Konferenz ist, daß man sich gemäß der von den sozialdemokratischen Vertretern Adler und Seitz gegebenen Anregung gleichzeitig bemühen wird, in Böhmen und im Reichsrat verfassungsmäßige Zustände anzubahnen. Eine Schwierigkeit besteht allerdings. Die tschechischen Parteien wollen die Diskretion im Abgeordnetenhause erst dann aufgeben, wenn der böhmische Landtag, der doch zunächst noch zu wählen und zu konstituieren ist, bereits in Tätigkeit steht. Aber so lange hat der Reichsrat zu warten nicht die Zeit. Die Geltungsfrist seiner Geschäftsordnung läuft in wenigen Tagen ab, und mit dem 1. Juli hebt das neue Budgetjahr an, für das eine verfassungsmäßige Vorlage in Form eines Voranschlags noch nicht vorhanden ist. Sollen wir nicht in aller Form in absolutistische Zustände hineingeraten, so muß das Haus in nächster Zeit zusammentreten.

Die bürgerlichen Parteien hätten allen Anlaß, einmal in die leere Komödie der Delegationsberatungen Ernst zu bringen. Denn in geradezu erschreckendem Maße wachsen in den letzten Jahren namentlich seit den beiden Wehrreformen die Militäraufwendungen an. Noch im Jahre 1913 lautete das Budget der gemeinsamen Armee auf 431 Millionen Kronen, für 1914/15 lautet es auf 576 Millionen. Das ist eine Vermehrung um 145 Millionen im Laufe eines einzigen Jahres. Rednet man aber noch die Budgets der beiden Landwehren, die nicht vor den Delegationen, sondern im Reichsrat verhandelt werden, und rechnet man das Marinebudget dazu, so ergeben sich als Gesamtausgaben für Rüstungszwecke im Budgetjahr 1914/15 933 Millionen, während der Gesamtaufwand im Jahre 1913 738 Millionen betrug. Wenden wir aber unseren Blick zurück vor die Zeit der Wehrreform, etwa in das Jahr 1909, so beläuft sich der Gesamtaufwand auf 481 Millionen, war also 149 Millionen geringer als jetzt nach dem Ablauf von bloß fünf Jahren. In diesem selben Jahrfaßt aber sind außerdem noch für Mobilisierungszwecke 530 Millionen ausgeworfen worden. Gewiß, noch lange hat Oesterreich-

Ungarn nicht die Riesensummen erreicht, die Deutschland, Frankreich und England für Heer und Flotte beisteuern. Aber in diesem rasenden Tempo hat sich im Laufe der letzten fünf Jahre die Steigerung der Rüstungsausgaben doch nur bei uns vollzogen. Sie entspricht freilich der Tatsache, daß noch im Jahre 1911 bloß 238 000 Mann, von Offizieren abgesehen, im Verbands der gemeinsamen Armee standen, jetzt aber 352 000 Mann. Rechnet man die Offiziere und die beiden Landwehren dazu, so sind wir glücklich an die halbe Million des stehenden Heeres herangekommen.

Am kräftigsten aber bietet sich das Bild toller Rüstungssteigerungen in der Flotte dar. Vor vier Jahren belohnte sich Oesterreich-Ungarn damit, seiner geographischen Lage entsprechend, eine große Landmacht zu sein und unterhielt bloß eine Flotte dritten Ranges, die mit einem Jahresaufwand von 67 Millionen allerdings teuer genug bezahlt war. Man sehe das heutige Budget an: es weist als Gesamtausgaben für die Flotte 177 Millionen auf, davon allein 101 Millionen für Schiffsbauten. Dieser ungeheure Sprung, diese vollständige Umwälzung der ganzen Flottenpolitik war gegeben mit dem Bau des ersten Dreadnoughtgeschwaders, das einen Gesamtaufwand von 312 Millionen erforderte, die zunächst in sechs Jahren aufgebracht werden sollten, tatsächlich aber mit Beschleunigung der Raten in vier Jahren aufgebracht worden sind. Im vorliegenden Budget erscheint die letzte Rate in der Höhe von 47 500 000 Kronen, aber sie erscheint da nicht allein, sondern ihr schließt sich gleich die erste Rate des neuen Dreadnoughtgeschwaders an, das allerdings mit seinem Preis von 114 Millionen mehr Aufwand fordert als das erste, nämlich 42 800 000 Kronen. Und diese ungeheure Summe soll in Jahresraten von durchschnittlich 100 Millionen aufgebracht werden. Erwägt man, daß in diesem Bauprogramm weder die Unterseeboote, noch die Hafenbauten, noch die Befestigungsbauten, noch die Trockendocks enthalten sind, so kann man ohne Uebertriebung die bloßen Panfosten der kommenden Jahre mit 150 Millionen annehmen. Vor vier Jahren aber bezifferte sich derselbe „Kosten für Neubauten“ auf 20 Millionen.

Wir arbeiten also jetzt mit dem sechsfachen Maße. Und dazu kommt noch ein. Bis zum Jahre 1910 wurden die Neubauten im ordentlichen Budget erledigt und aus den laufenden Einnahmen gedeckt. Heute ist alles, was Bauaufwand heißt, aus dem ordentlichen Budget hinausgeschoben und auf den Kreditweg gebracht. Gleichzeitig aber ist das ordentliche Budget um 10 Millionen gekümmert, so daß die Betriebskosten sich in Wirklichkeit um 20 Millionen gesteigert haben. Und doch haben wir erst zwei Dreadnoughts auf dem Meere. Kann man zweifeln, daß wir schon in zwei bis drei Jahren mit den Marineausgaben bei einer Viertelmilliarde halten werden? Und diese Viertelmilliarde soll für seine Marine ein Staat aufbringen, der nur zwei erstklassige Seebahnen hat und dessen Seecorps hinter denen kleiner Staaten zurückbleibt. Es ist reine Politik der Großmachtseitelkeit, die sich in dem Bau der Riesenschiffe austobt.

Ein Attentat auf die sozialdemokratische Dumafraktion.

Im März d. J. hielt Genosse Tschidje, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Dumafraktion, in der russischen Duma eine Rede, in der er u. a. auch die republikanischen Bestrebungen der Sozialdemokratie zum Ausdruck brachte. Obwohl das nationalliberale (oktobristische) Präsidium der Duma sich schon manche Glasscheibe in der Unterdrückung der Redefreiheit leistete, ließ es Tschidje doch ruhig ausreden, da es offenkundig blödsinnig gewesen wäre, den Parteien des Parlaments das Recht abzuerkennen, ihren politischen Standpunkt zu entwickeln. Da kam auf einmal die Nachricht, die Regierung habe beschlossen, von der Duma die Auslieferung des Genossen Tschidje zu fordern, um ihn wegen Aufforderung zum Umsturz der bestehenden Ordnung den Gerichten zu übergeben.

Dieses Attentat gegen die Redefreiheit der Abgeordneten hat in der gestrigen Dumastimmung zu stürmischen und tapferen Protesten geführt. Es wird darüber gemeldet:

Gestern erschien Herr Goremlin bei der Budgetberatung nach langer Zeit in der Duma. Auf der Tagesordnung stand der Bericht der Budgetkommission über das Staatsbudget 1914. Der Vorsitzende teilte mit, daß dem Hause ein von 30 Abgeordneten unterzeichnete Antrag vorliege, der, jedoch, die Budgetberatung aufzuschieben, solange der Befehlsvorschlag betreffend die Redefreiheit der Abgeordneten nicht beschleunigt erlangt habe. Die Reichsduma lehnte diesen Antrag, den als erste die Sozialdemokraten Tschidje, Kerenzki und Malinowski unterzeichnet hatten, mit 140 gegen 78 Stimmen ab. Als dann nach dem Reichstagsleiter Herr Goremlin die Tribüne betrat, bereiteten ihm die Sozialdemokraten und die Arbeitsgruppe einen würdigen Empfang. Sie erklärten förmlich: Es ist genaug! Wir werden ihn nicht sprechen lassen! Auch mit den Volksbeden wurde gekämpft. Die Mahnungen des Präsidenten Robsjanko blieben fruchtlos, der Kärn hielt an. Nurmehr beantragte Präsident Robsjanko die Anwendung des höchsten Strafmaßes, d. i. den Ausschluß der acht Schuldigen bei

Kann so kühn sein und noch bei keinem Einbum die Gsch...
Sich hatte einen Glühbirnen gelehrt wie Rom...
Bin vor...